

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
(44. - öffentliche - Sitzung am 24. September 2020)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7175](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2020 - 2024**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/7330](#)

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 16** - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - und den ihn betreffenden Teil des **Einzelplans 02** - Staatskanzlei - unter Einbeziehung der Mipla 2020 - 2024. Er nahm die Einbringung durch die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung sowie durch eine Vertreterin der Staatskanzlei entgegen und führte die allgemeine Aussprache sowie die Einzelberatung durch. Er schloss sie ohne Änderungsempfehlungen für den federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen ab.

2. **Grundwerte der Europäischen Union achten und schützen - für wirksamere Maßnahmen gegen Verstöße**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7358](#)

Der Ausschuss ließ sich zu dem Thema durch die Landesregierung unterrichten, führte die Beratung durch und empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen. Die Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP kündigten an, zu dem Thema einen gemeinsam getragenen Änderungsantrag zur abschließenden Beratung im Oktober-Plenum einzubringen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: -
Enthaltung: GRÜNE, FDP
abwesend: AfD

3. **Unterrichtung der Landesregierung zu den Zukunftsregionen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, ihm den Aufruf zur Interessenbekundung zur Bildung von Zukunftsregionen zu gegebener Zeit zu übersenden.

4. **EU-Angelegenheiten**

Hierzu ergaben sich keine Unterrichtungswünsche.

5. **Berichte über Frühwarndokumente**

Der Ausschuss nahm schriftliche Unterrichtungen über Frühwarndokumente zu folgenden Bundesratsdrucksachen entgegen:

- 402/20: Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung
- 449/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/1011 im Hinblick auf die Ausnahme bestimmter auf Drittländswährungen bezogener Wechselkurs-Referenzwerte und die Benennung von Ersatz-Referenzwerten für bestimmte eingestellte Referenzwerte
- 457/20: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/65/EU im Hinblick auf die Informationspflichten, die Produktüberwachung und die Positionslimits zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Pandemie
- 458/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1129 im Hinblick auf den EU-Wiederaufbauprospekt und gezielte Anpassungen für Finanzintermediäre zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Pandemie
- 459/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2402 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für Verbriefungen und zur Schaffung eines spezifischen Rahmens für einfache, transparente und standardisierte Verbriefung mit dem Ziel, die Erholung von der COVID-19-Pandemie zu fördern

6. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss setzte die Terminplanung fort und kam u. a. überein, auf die für den 15. Oktober 2020 vorgesehene Sitzung zu verzichten.